



Europa-Infos 12-2005

Eine Zusammenstellung aus Infobriefen, Newslettern und Arbeitsprogrammen rund um die EU

Inhaltsverzeichnis

1. Europa Allgemein	Seiten	1-5
- Staatsvertrag zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein		
- Zusammenarbeit im Ostseeraum / Ostseekooperation		
- Die Dienstleistungsrichtlinie – Bedeutung für Kreise und Kommunen		
- METREX (The Network of European Metropolitan Regions and Areas)		
2. Interregionale Kooperation (Interreg)	Seite	5
- Projekt Lancewadplan		
3. Bildung und Jugend	Seite	5
- Sokrates und Leonardo da Vinci		
- Ostsee-Jugendkonferenz		
4. Umwelt	Seite	6
- Thematische Strategien		
- Grundsatzstudie zur Umweltsituation		
5. Städtepartnerschaften	Seite	7
Neue Fristen für Projekte		
6. Gesundheit	Seite	7
Aktionsprogramm für öffentliche Gesundheit		
7. Verkehr / Energie	Seiten	7-8
- Port Package: Liberalisierung der Hafendienstleistungen		
- Energieeffizient		
- Förderprogramm „Intelligente Energie Europa“		
8. Informationsgesellschaft / Forschung	Seiten	8-9
- Verwaltungskooperation		
- E-Government		
9. Wirtschaft	Seiten	9-10
- Europäischer Preis für Wirtschaftsförderung		
10. Veranstaltungen / Veröffentlichungen	Seite	10

1 Europa - Allgemein

Norddeutsche Zusammenarbeit: Staatsvertrag zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein

Im Hamburger Rathaus haben der Erste Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, Ole von Beust und der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein, Peter Harry Carstensen, am 01. November 2005 einen Staatsvertrag über die Zusammenarbeit in Europa-, Ostsee- und internationalen Angelegenheiten sowie ein Abkommen über die gemeinsame Vertretung Hamburgs und Schleswig-Holsteins bei der Europäischen Union (Hanse-Office in Brüssel) unterschrieben. Ein regelmäßiger Informationsaustausch und eine enge Abstimmung zwischen den beiden Länderregierungen, die gegenseitige Begleitung von Regierungsmitgliedern auf Delegationsreisen im Ausland und die Unterhaltung gemeinsamer Vertretungen im Ausland sollen die Kooperation fördern.

Hamburgs Bürgermeister Ole von Beust sagte: „*Der Staatsvertrag unterstreicht den politischen Willen Hamburgs, die enge und vertrauensvolle norddeutsche Zusammenarbeit weiter zu verstärken und auszubauen. Bei zunehmendem internationalen Wettbewerb ist es wichtig, die Kräfte im Norden zu bündeln und im Ausland mit einer Stimme zu sprechen.*“

Ministerpräsident Carstensen ergänzte: „*Eine engere Verzahnung unserer Länder ist angesichts der neuen Themen im Ostseeraum immer wichtiger. Themen wie Meerespolitik, Schiffssicherheit und neue Technologien machen nicht an Ländergrenzen halt. Wir würden uns freuen, wenn auch die norddeutschen Partner Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen sich an dem Kooperationsprozess beteiligen.*“

Das Abkommen über die gemeinsame Vertretung beider Länder in Brüssel stellt die bereits seit 1985 bestehende Zusammenarbeit im Hanse-Office auf neue vertragliche Grundlagen. Auch die Eröffnung eines weiteren Hanse-Offices in Sankt Petersburg am 20. Oktober 2005 soll die enge vertrauensvolle Gemeinschaftsarbeit beider Länder weiter verstärken.

Das Hanse-Office

Aus dem 1985 gegründeten Informationsbüro der Freien und Hansestadt Hamburg ging 1987 das Hanse-Office als gemeinsame Einrichtung der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein hervor. Diese Kooperation zweier Länder ist einzigartig und ein Beispiel für eine erfolgreiche norddeutsche Zusammenarbeit.

Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Hanse-Offices vertreten die Interessen beider Länder bei der Europäischen Union und widmen sich u.a. folgenden Aufgaben:

- Information über aktuelle EU-Politik, Rechtssetzungsverfahren und Förderprogramme
- Vermittlung von Kontakten zur Kommission, zum Rat, zum Europäischen Parlament und zu anderen Europäischen Institutionen,
- Präsentation der Vielfalt der Länder durch Veranstaltungen, Begegnungen und kulturellen Ereignisse
- Aufklärung der Bürgerinnen und Bürger über die Abläufe der Entscheidungsprozesse auf europäischer Ebene
- Information über Chancen der europäischen Integration

Ausführliche Informationen über das Hanse-Office finden Sie im Internet unter www.hanseoffice.de

Zusammenarbeit im Ostseeraum

Vom 20.-22.Oktober fand in Stettin die Jahreskonferenz der BSSSC (Baltic Sea States Subregional Co-operation) statt. Es wurde die wirtschaftliche Bedeutung des Ostseeraums hervorgehoben und über die daraus resultierenden Chancen und Herausforderungen diskutiert. Die Konferenz hatte sich bereits im August mit einem Positionspapier an die EU gewandt, in dem eine „Baltic Sea Perspective“ für das in Brüssel zu erarbeitende Grünbuch „Europäische Meerespolitik“ angeregt wurde. Die BSSSC forderte daneben den Ostseerat (CBSS) auf, die Beiträge der einzelnen Anrainerstaaten des Ostseeraums im Prozess „Europäische Meerespolitik“ zu einer gemeinsamen „Stimme des Ostseeraums“ zu bündeln.

Ostseekooperation

Der Ostseeraum gehört zu den Zukunftsregionen in Europa. Hier leben über 50 Millionen Menschen, die einen Markt von europäischer Bedeutung bilden. Unter maßgeblicher Initiative von Schleswig-Holstein wurde daher bereits 1988 die sogenannte Ostseekooperation gegründet. Sie soll die Zusammenarbeit zwischen den Regionen des Ostseeraumes fördern und eine wettbewerbs- und zukunftsfähige Großregion schaffen.

Auch die Kreise und kreisfreien Städte des Landes Schleswig-Holstein sind in die Ostseekooperation eingebunden, unabhängig davon ob sie über einen direkten Zugang zur Ostsee verfügen. Die Ostseekooperation gilt inzwischen als ein Musterbeispiel regionaler Zusammenarbeit in Europa. Die VASAB 2010 (Vision and Strategies around the Baltic Sea) Initiative ist das gemeinsame Aktionsprogramm der Ostseekooperation und bezieht auch Staaten wie Russland, Norwegen und Weißrussland ein. Diese Kooperation wurde 1992 mit der Aufgabe einer „Wiedervereinigung“ des Ostseeraumes ins Leben gerufen. Mittlerweile richtet sich das Hauptaugenmerk auf wirtschaftlichen Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich der Regionalentwicklung.

Einige Beispiele für die Kooperation im Ostseeraum:

STRING - Kooperation in der südwestlichen Ostseeregion

Schleswig-Holstein bildet zusammen mit Hamburg, dem dänischen West-Seeland, Storström und Kopenhagen, sowie dem südschwedischen Schonen dieses Projekt. Das Ziel dieser Kooperation ist die Bündelung von Kompetenzen und die Schaffung einer wettbewerbsfähigen Region im südlichen Ostseeraum.

Baltic Sea States Subregional Co-operation (BSSSC)

Die BSSSC ist eine Konferenz der Subregionen des Ostseeraums. Gegründet wurde sie 1993 in Stavanger. Die Ziele sind der Ausbau der regionalen Kooperation, z.B. in den Bereichen Wirtschaft, Technologie, Umweltschutz, Sozialwesen, Kultur usw. Es finden jährliche Konferenzen zur Unterstützung und Schaffung von Kooperationsprojekten statt.

Ars Baltica

Dies ist eine kulturelle Kooperation aller Ostseeländern, die 1990 auf Initiative der schleswig-holsteinischen Landesregierung entstand. Es bestehen gemeinsame Projekte in den Bereichen Musik, Bildende Kunst und Literatur.

Ähnliche Kooperationen bestehen auch zwischen den Handelskammern, Hafenstädten oder Jugendverbänden.

Die Dienstleistungsrichtlinie – Bedeutung für Kreise und Kommunen

Die Dienstleistungsrichtlinie ist eines der meist diskutiertesten Themen der Europäischen Union. Sie ist Teil der *Lissabon-Strategie*, nach der die Europäische Union bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt entwickelt werden soll. Die vorgesehene Liberalisierung des Dienstleistungssektors hätte weitreichende Folgen für die Kommunen und Kreise.

Der wichtigste Punkt der Richtlinie ist die Beseitigung von zwischenstaatlichen Hemmnissen für Dienstleistungsunternehmen. Aus diesem Grund soll das sogenannte Herkunftslandprinzip angewendet werden. Dies bedeutet, dass ein Dienstleister seine Arbeit europaweit nach dem jeweiligen Recht seines Heimatlandes anbieten kann. Des Weiteren sollen Dienstleister ihre eigenen Arbeitnehmer zur Ausführung von Aufträgen ins Ausland entsenden können (Arbeitnehmerentsendung). Die Dienstleistungsrichtlinie sieht dieses Prinzip in sehr vielen Wirtschaftszweigen vor, nicht nur in den klassischen Wirtschaftstätigkeiten, sondern auch zum Teil in den Daseinsvorsorgeleistungen, soweit diese in dem betreffenden Mitgliedsstaat bereits unter Marktbedingungen erbracht werden. Dies trifft in vielen Fällen auf Altenheime, Kinderbetreuung, Behinderteneinrichtungen, Heimerziehung, Müllabfuhr und Verkehrssysteme zu. Aber auch Wasser- und Klärwerke, Krankenhäuser, Volkshochschulen und Universitäten wären davon nicht ausgeschlossen.

Die Kommunen und Kreise würden durch die Dienstleistungsrichtlinie direkt im Rahmen von Ausschreibungen und beim Vergaberecht berührt, da bestimmte Daseinsvorsorgeleistungen auch von privaten Dienstleistungsunternehmen übernommen werden dürften. Außerdem würden die europaweiten Pflichtausschreibungen weiter zunehmen.

Probleme der Dienstleistungsrichtlinie und des Herkunftslandsprinzip

Ein grundlegendes Problem des Herkunftslandsprinzip ist, dass die Voraussetzungen und Bedingungen in nahezu allen Ländern der Europäischen Union unterschiedlich sind. So sind die Standards in Arbeitszeit, Arbeitnehmerrechte, Versicherungsschutz und Ausbildung in vielen osteuropäischen Ländern niedriger als in den „alten“ EU-Mitgliedsstaaten. Die Kritiker der Dienstleistungsrichtlinie befürchten daher, dass es zu einer Verdrängung der einheimischen Dienstleister durch osteuropäische Mitbewerber kommt und dies dann zwangsläufig zu einer Anpassung an die niedrigen Standards führt. Außerdem ist noch nicht geregelt in welchem Maße das Land, in dem eine Dienstleistung erbracht wird, die Dienstleister aus einem anderen EU-Mitgliedsstaat kontrollieren darf oder muss. So könnte die Richtlinie auf lange Sicht auch ein qualitativen Verlust im Dienstleistungssektor bedeuten

Zum Verfahren:

Beim Treffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union am 22./23. März 2005 in Brüssel wurde beschlossen, dass der Entwurf im weiteren Gesetzgebungsverfahren dahingehend überarbeitet werden soll, dass er neben dem Ziel der vollständigen Herstellung des Binnenmarktes auch das Europäische Sozialmodell berücksichtigt.

Ende Januar 2006 wird voraussichtlich über die Änderungsanträge des Binnenmarktausschusses in einer Ersten Lesung im Europäischen Parlament abgestimmt.

Weitere Information erhalten Sie unter www.europa.eu.int/comm/internal_market/services/services-dir/index_de.htm.

METREX (The Network of European Metropoliltan Regions and Areas)

METREX ist ein Netzwerk der europäischen Ballungs- und Großräume und wurde 1996 bei der Konferenz der Metropolregionen in Glasgow mit Unterstützung der Europäischen Kommission gegründet. Zur Zeit gibt es 42 Mitglieder, u.a. in Deutschland die Metropolregionen München, Stuttgart, Frankfurt, Nürnberg und Rhein-Neckar.

Das Netzwerk, bestehend aus Fachleuten aus Politik, Verwaltung und Beratern, die sich mit Raum Raumplanung und –entwicklung auf Ebene des Ballungsraumes beschäftigen, dient primär dem Erfahrungs- und Wissensaustausch zwischen den Metropolregionen. Daneben ist das Netzwerk auch ein geeignetes Instrument, um das EU-bezogene Engagement auszubauen, Lobbyarbeit gegenüber den Institutionen der EU zu leisten und transnationale Projekte zu realisieren.

Der Lenkungsausschuss der Metropolregion hat auf seiner Sitzung am 16.12.05 beschlossen, dem Regionsrat der Metropolregion Hamburg zu empfehlen, der Organisation METREX ab 2006 beizutreten. Für März wird eine endgültige Entscheidung über den Beiritt erwartet.

Mehr Informationen unter www.eurometrex.org

2 Interregionale Kooperation

Interreg III - Projekt „Lancewadplan“

Das Projekt Lancewadplan hat zum Ziel die Kultur- und Landschaftsdenkmäler der Wattenmeerregion zu erfassen und zu katalogisieren. An dem Projekt nehmen die Bundesländer Niedersachsen und Schleswig-Holstein, die dänische Agentur für kulturelles Erbe, die englische Region The Wash, das niederländische Ministerium für Landwirtschaft, Natur und Verbraucherschutz teil. Die Leitung des Projektes obliegt dem Common Wadden Sea Secretariat Wilhelmshaven. Der Kreis Pinneberg befürwortet es, wenn sich auch die Gemeinden der Haseldorfer Marsch an dem Projekt beteiligen würden. Zu diesem Zweck wird der Kreis Pinneberg Anfang Februar 2006 eine Informationsveranstaltung zum Thema Lancewadplan ausrichten.

3 Bildung und Jugend

Sokrates und Leonardo da Vinci

Für Förderungen im Bereich der Bildungsprogramme Sokrates und Leonardo da Vinci (genauere Erklärung siehe vorrangegangene Newsletter) bestehen folgende aktuelle Anmeldefristen:

- Schulpartnerschaften: 1. Februar 2006
- Leonardo da Vinci: Berufsbildung 10. Februar 2006
- Europäische Kooperationsprojekte für
Aus- und Fortbildung des Schulpersonals: 1. März 2006

Weitere Informationen über diese und weitere Projekte erhalten Sie bei: Cornelia Pankratz, EIC, Tel.: 0431/99053270 oder Gudrun Kehlert, Tel.: 0431/9882474, gudrun.kehlert@kumi.landsh.de, sowie unter <http://www.kmk.org/pad/sokrates2>, www.sokrates-leonardo.de.

Ostsee-Jugendkonferenz

Die vom Landesjugendring, dem Ostsee-Jugendbüro und anderen Institutionen organisierte Jugendkonferenz mit dem Thema „Umweltpädagogik am Beispiel des Elements Wasser“ wurde als „best-practice“ Programme ausgewählt. Somit ist es eines von 18 Programmen die auf der NUN-Konferenz (Norddeutsche Partnerschaft zur Unterstützung der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung 2005-2014) aus 45 eingereichten Vorschlägen ausgewählt wurden.

Weitere Informationen: John Goss, Ostseejugendbüro, Tel.: 0431/8009840, john.goss@ojb.schleswig-holstein.de, <http://www.jugendserversh.de/displayarticle703.html>.

4 Umwelt

Thematische Strategien

Ende Oktober wurden zwei thematische Strategien von der EU-Kommission vorgeschlagen. Es handelt sich um eine *Thematische Strategie für Luftverschmutzung*, sowie um die *Thematische Strategie für die Meeresumwelt*. Zu beiden Themen besteht ebenfalls schon ein Richtlinienvorschlag. Die Strategien sollen wesentlich dazu beitragen, den Schutz der Umwelt und der menschlichen Gesundheit, sowie die rationelle Nutzung natürlicher Ressourcen sicherzustellen. Es wird eine breite Debatte insbesondere zu Kosten und Nutzen erwartet.

Weitere Informationen zu den Strategien und Richtlinienvorschlägen finden Sie unter:

Thema Luftverschmutzung

http://europa.eu.int/comm/environment/air/cafe/pdf/strat_com_en.pdf

http://europa.eu.int/comm/environment/air/cafe/pdf/cafe_dir_en.pdf

Thema Meeresumwelt

http://europa.eu.int/comm/environment/water/marine/com_504_de.pdf

http://europa.eu.int/eur-lex/lex/LexUriServ/site/de/com/2005/com2005_0505de01.pdf

Grundsatzstudie zur Umweltsituation

Die Europäische Umweltagentur plant eine umfassende Grundsatzstudie zur Umweltsituation in Europa. Die Bestandsaufnahme soll 5 Jahre dauern und Informationen zu den Themen Klimawandel, biologische Vielfalt, Meeresökosysteme, Flächen- und Wasserressourcen, Luftverschmutzung und Gesundheit beschaffen. Sowohl die positiven Effekte bereits bestehender Gesetze, als auch die Herausforderungen der Zukunft werden in dem Bericht behandelt.

Weitere Informationen:

http://org.eea.eu.int/documents/newsreleases/soer2005_pp-de

5 Städtepartnerschaften

Durch zielgerichtete Förderung sollen bestehende Städtepartnerschaften intensiviert und neue ins Leben gerufen werden. Gefördert werden Veranstaltungen und Aktivitäten, die zur Annäherung der Völker und zur Stärkung des europäischen Bewusstseins beitragen. Es gibt drei verschiedene Möglichkeiten der Förderung:

- Begegnungen zwischen Bürgern aus Partnerstädten Frist: 1. Februar 2006
- Konferenzen zu EU-Themen über Städtepartnerschaften Frist: 1. März 2006
- Seminare für Organisatoren von Städtepartnerschaften Frist: 1. März 2006

Hinsichtlich des Bewerbungsverfahrens stellt die Kommission einige Erleichterungen in Aussicht, die ab 2006 in Kraft treten. So soll es weniger Anträge und die Möglichkeit einer Nachbesserung geben. Für Konferenzen und Seminare wird der Höchstfördersatz auf 60 % angehoben. Der Kreis Pinneberg beabsichtigt, sich gemeinsam mit anderen Kreisen an der Organisation eines Ausbildungsseminars für Städtepartnerschafts-Verantwortliche in Schleswig-Holstein zu beteiligen. Nähere Hinweise dazu erfolgen in der nächsten Ausgabe der Europa-Infos.

Weitere Informationen finden Sie auf http://europa.eu.int/comm/towntwinning/index_de.html.

6 Gesundheit

Zum laufenden „Aktionsprogramm der Gemeinschaft im Bereich der öffentlichen Gesundheit“ wird die nächste Aufforderung zum Einreichen von Vorschlägen für Mitte Januar 2006 erwartet. Es werden jährlich Schwerpunkte von der Kommission festgelegt, auf denen dann die Förderpriorität liegt.

Weitere Informationen finden Sie unter:

http://europa.eu.int/comm/health/ph-programme/programme_de.htm

Am 14. Oktober hat die Kommission die Vorlage eines Grünbuchs zur psychischen Gesundheit (mental health) verabschiedet, woran sich eine öffentliche Anhörung bis wahrscheinlich Mai 2006 anschließen wird.

7 Verkehr / Energie

Port Package II

Mit dem Vorschlag der EU-Kommission soll die Liberalisierung aller Hafendienstleistungen vorangebracht werden. Voraussichtlich am 16. Januar wird sich das Plenum des Europäischen Parlaments mit dem Vorschlag der Kommission befassen. Weiter Informationen:

<http://www.europa.eu.int/scadplus/leg/de/lvb/l24272.htm>

Energieeffizienz

Die Themen Energieeffizienz und erneuerbare Energien werden ein immer wichtigeres Thema auf der Tagesordnung der Europäischen Union. So wird die Union auch weiterhin, vor dem Hintergrund der zunehmenden Abhängigkeit Europas von Öl- und Erdgaseinfuhren, steigenden Ölpreisen und der Verpflichtungen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen, die Entwicklung erneuerbarer

Energieträger intensiv fördern. Beispielsweise hat die Europäische Kommission einen umfassenden Aktionsplan zur Förderung der Energie aus Erzeugnissen und Abfällen der Land- und Forstwirtschaft angenommen. Nähere Informationen können Sie dem Pressebericht der EU-Kommission entnehmen.

<http://www.eu-kommission.de/html/presse/pressemeldung.asp?meldung=5993>

Energierat der EU

Auf dem sogenannten Energierat wurden am 1. Dezember Schlussfolgerungen zu den Themen Energieeffizienz, Kosteneffizienz und Finanzierungsinstrumente verabschiedet. Der Ansatz ist sehr breit gewählt und folgt damit der Kommissionspolitik, die seit einem halben Jahr ihre politischen Anstrengungen in den Bereichen Energieeffizienz, regenerative Energien und Liberalisierung des EU-Energiemarktes erheblich intensiviert hat.

Förderprogramm „Intelligente Energie Europa“

Das EU-Programm unterstützt eine nachhaltige Entwicklung im Bereich Energie zum Schutz der Umwelt, Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Sicherung der Energieversorgung.

Besonders interessant sind in diesem Zusammenhang die Fördermaßnahmen für Veranstaltungen, deren Frist am 28.04.2006 abläuft. Des weiteren bestehen noch andere Fördermöglichkeiten, deren Fristen allerdings enger gesteckt sind.

Weitere Informationen erhalten Sie von: Cornelia Pankratz, EIC, Tel.: 0431/99053270, http://europa.eu.int/comm/energy/intelligent/index_en.html, www.fz-juelich.de.

Hinweis:

Rund um das Thema „Energie-Effizienz und erneuerbare Energien“ informiert die Internetseite www.caddet.org. Demonstrationsprojekte und Anwendungen neuer Technologien sowie deren Nutzen werden in verschiedenen Ländern vorgestellt.

8 Informationsgesellschaft / Forschung

Verwaltungskooperation

Die EU-Kommission hat am 18. November den ersten Prototypen eines neuen strukturierten Datenaustauschsystems vorgestellt. Das sogenannte *SIE-System* ist ein Teil des *Internal Market Information System (IMI)*, welches eine Verbesserung der Verwaltungszusammenarbeit der Mitgliedsstaaten erreichen soll. Für die Erstellung des IMI-Systems stellt die EU-Kommission allerdings nur ein sehr kleines Budget zur Verfügung. **Die eigentlichen Kosten, wie etwa Personalschulung und Bereitstellung von technischer Infrastruktur, kommen auf die Mitgliedsstaaten, dass heißt sowohl auf den Bund, als auch auf die Länder und Kommunen, zu.**

Die EU-Kommission hat die Mitgliedsstaaten aufgefordert, jeweils 15 Behörden zu benennen, die an der Systemerprobung teilnehmen. Da Schleswig-Holstein bereits derzeit an einem vergleichbaren Projekt teilnimmt, schlägt das Hanse-Office eine Beteiligung der kommunalen Ebene vor.

Umfrage zu E-Government

Im Jahr 2004 nutzten im Durchschnitt 51% der deutschen Unternehmen die elektronischen Dienstleistungen von Behörden. Dies ergab eine Umfrage des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat). Ebenfalls wurden in der Umfrage die Online-Informationsabfragen der Bürger und Unternehmen untersucht. Hierbei liegen die deutschen Bürger mit 51% etwas über dem EU-Durchschnitt von 45%, die deutschen Unternehmen mit nur 36% allerdings deutlich darunter.

Estland und Dänemark sind die einzigen Länder, in denen Behörden-Websites eine vollelektronische Sachbearbeitung anbieten.

Weitere Informationen unter: http://epp.eurostat.cec.eu.int/cache/ITY_OFFPUB/KS-NP-05-035/DE/KS-NP-05-035-DE.PDF

E-Government

E-Government bezeichnet die Durchführung von Prozessen der öffentlichen Willensbildung, der Entscheidung sowie Leistungserstellung und –abwicklung in Politik, Regierung und Verwaltung unter Nutzung der modernen Informations- und Kommunikationstechniken, insbesondere des Internets.

Das Prinzip des E-Government ist, dass die öffentliche Verwaltung ihre Aufgaben und die damit verbundenen Verwaltungsabläufe elektronisch abwickeln kann. Dies erfolgt zwischen den Verwaltungen untereinander, aber auch zwischen den Verwaltungen und den Bürgern.

E-Government für den Bürger wird meist in Form eines Internetforums ermöglicht, in dem der Bürger Zugriff auf Anträge, Formulare, Veranstaltungstermine (z.B. nächste Sitzung der Gemeindevertretung) u.s.w. hat. Der Vorteil von E-Government für die Bürgerinnen und Bürger ist, dass sie nicht mehr an die Öffnungs- und Sprechzeiten der Behörden gebunden sind. Die Behördengänge werden somit schneller, unkomplizierter und für die Verwaltungen kostengünstiger.

Um Verwaltungsprozesse über Bundesgrenzen hinaus elektronisch abwickeln zu können, wie in dem Leitprojekt der Metropolregion Hamburg „E-Government in der Metropolregion Hamburg“ zum Ziel gesetzt, ist dies nur durch eine Zusammenschaltung von Vernetzungen möglich: Kommunen wären an Kommunalnetze, diese an Kreisnetze und diese wiederum an Landesnetze angeschlossen. Teile der Landesnetze würden dann ein Zentrales Verwaltungsnetz bilden.

Weitere Informationen:

www.modernerStaat.de
www.mediakomm.difu.de

www.bundonline2005.de
www.metropolregion.hamburg.de

9 Wirtschaft

European Enterprise Award 2006 für Wirtschaftsförderung

Die Kommission hat einen EU-weiten Wettbewerb für die besten Konzepte der regionalen und kommunalen Wirtschaftsförderung ausgeschrieben. Preise werden an lokale und regionale Behörden in der EU, Bulgarien, Island, Norwegen, Rumänien und in der Türkei verliehen, die die Wirtschaft ihrer Region in dem Zweijahreszeitraum, welcher dem Jahr der Preisverleihung vorausgeht, angekurbelt haben. Dazu gehören sowohl Kleinstädte, Städte, Regionen und Kommunen als auch Partnerschaften zwischen öffentlichen Behörden und Unternehmen, Bildungsprogramme und Wirtschaftsorganisationen. Um folgende Preise können sich regionale und kommunale Behörden bis zum 31.Mai 2006 bewerben:

- Preis für unternehmerischen Wegbereiter
- Preis für Unternehmensförderung
- Preis für die Reduzierung des Bürokratismus
- Preis „In Menschen investieren“
- Preis für verantwortungsbewusste Unternehmertätigkeit

Nationale Kontaktstelle ist das Institut für Mittelstandsforschung Bonn, Geschäftsführer Dr. Gunter Kayser, Tel.: 0228/72997-0, Fax: 0228/72997-34, kayser@ifm-bonn.org, www.ifm-bonn.org.
Weitere Informationen finden Sie auch unter
www.europa.eu.int/comm/enterprise/entrepreneurship/smes/awards/index_de.htm.

10 Veranstaltungen / Veröffentlichungen

- Am 11.03.2006 findet in Sankelmark ein Tagesseminar der Europa-Union mit dem Thema: „Europa – Ist die politische Union am Ende?“ statt. Weitere Informationen unter 0431/93333 und auf www.europa-union-sh.de
- Wie in jedem Jahr veranstalten die Landesregierung Schleswig-Holstein, die Bundesregierung, die Europäische Kommission und das Europäische Parlament auch in 2006 eine Informationswoche zu europäischen Themen. Die Europawoche wird vom 03.05 bis zum 14.05.2006 stattfinden.
Alle Organisationen in Schleswig-Holstein sind eingeladen, sich mit öffentlichen Informationsveranstaltungen, Vorträgen, Seminaren, Projektvorstellungen, Tagen der offenen Tür, Ausstellungen oder Projektpräsentationen zu beteiligen.
Veranstaltungen müssen bis zum 3. März bei der Europa-Union angemeldet werden.
Ansprechpartner: Martina Carstens und Carsten Massau, Faluner Weg 28, 24109 Kiel, Tel.: 0431/93333, Fax: 0431/92165, info@europa-union-sh.de, www.europa-union-sh.de.
- Die Broschüre „Economic Structures in the STRING-area“ enthält Informationen über die wirtschaftlichen Strukturen im südwestlichen Ostseeraum sowie über Ansprechpartner in den Wirtschaftsförderungsgesellschaften. Mit der Broschüre „Schleswig-Holstein im südwestlichen Ostseeraum – Eine Region wächst zusammen“ informiert die Landesregierung über erfolgreiche Projekte und zeigt Entwicklungsperspektiven auf. Beide Veröffentlichungen können bei Michael Meinert, Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa, Tel.: 0431/9882105, Michael.Meinert@jumi.landsh.de, angefordert werden.
- Ein Sonderheft des Deutschen Naturschutzbundes (DNR) mit dem Titel „Europa weiterdenken“ beschäftigt sich mit der Einbindung des Umweltschutzes in der europäischen Verfassung. Das Sonderheft finden Sie unter <http://www.dnr.de/publikationen/eur/archiv/eur0510-sh.pdf>

In eigener Sache

Meinungen, Hinweise und zusätzliche Informationswünsche richten Sie bitte gerne an:

Andreas Thaler
Nadine Mikula

Tel.: 04101/212 327
Tel.: 04541/ 888-433

Mail: a.thaler@kreis-pinneberg.de
Mail: mikula@kreis-rz.de